

NS-Dokumentationszentrum – Personal- und Sachmittel; Sachstand

10 Anlagen:

1. Presseerklärung des politischen Beirats vom 28.07.2005
2. Schreiben von StM Schneider an Oberbürgermeister Ude vom 22.06.2005
3. Schreiben von Oberbürgermeister Ude an StM Schneider vom 11.07.1005
4. Schreiben von StM Schneider an Oberbürgermeister Ude vom 30.08.2005
5. Beschluss des Bayerischen Landtags vom 10.03.2003
6. Papier „Vorgaben des Kuratoriums an den wissenschaftlichen Beirat“
7. Programm Gesprächsreihe „Der Umgang mit der NS-Zeit. Perspektiven des Erinnerns“
8. a. Stellungnahme des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Lokalbaukommission, HA IV/2, zu den Parkraummöglichkeiten im Umfeld des Königsplatzes vom 12.08.2005
b. Ergänzende Stellungnahme des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Stadtentwicklungsplanung, HA I/32-1, vom 12.08.2005
9. Statistik zum möglichen Besucheraufkommen des NS-Dokumentationszentrums
10. Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

Beschluss des Kulturausschusses vom 29.09.2005 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin:

1. Anlass für die Vorlage

Mit Ende des Haushaltsjahres 2005 läuft die Einstellung von Sondermitteln beim Kulturreferat zur Betreuung und Unterstützung des Projekts NS-Dokumentationszentrum aus. Um die inhaltliche und organisatorische Begleitung des Vorhabens von Seiten der Stadt weiterhin gewährleisten zu können, sollen die seit Mitte 2003 bis einschließlich 2005 bereitgestellten Sach- und Personalmittel fortgeschrieben und zudem erhöht werden.

Es wird der aktuelle Sachstand dargelegt, über die Einberufung der Gremien wissenschaftlicher und politischer Beirat berichtet, die momentane Haltung des Freistaates erläutert und ein Überblick über die weitere Zeitplanung gegeben.

Ein Anhörungsrecht eines Bezirksausschusses besteht nicht.

2. Im Einzelnen

2.1 Konstituierung der Beiräte

Am 25.07.2005 haben sich unter der kommissarischen Leitung des Kuratoriumsvorsitzenden Bundesminister a.D. Dr. Theo Waigel jeweils der politische und der wissenschaftliche Beirat des NS-Dokumentationszentrums konstituiert. Es wurde vereinbart, dass die Sitzungen der Gremien jeweils wechselweise von Stadt und Land ausgerichtet werden. So fanden die konstituierenden Sitzungen in den Räumen des Kultusministeriums am Salvatorplatz statt. Die Folgesitzungen am 05.10.2005 (wissenschaftlicher Beirat) und 10.10.2005 (politischer Beirat) sind im Rathaus anberaumt.

2.1.1 Politischer Beirat

Die Zusammensetzung des politischen Beirats wurde im Spitzengespräch von Stadt und Freistaat am 11.05.2004 vereinbart. Die Stadt- und Landtagsfraktionen haben inzwischen folgende Vertreter/innen bestimmt und in die konstituierende Sitzung entsandt:

- Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen)
- Dr. Hildegard Kronawitter, MdL (SPD)
- Stadtrat Michael Leonhart (SPD)
- Stadtrat Marian Offman (CSU)
- Dr. Ludwig Spaenle, MdL (CSU)
- Dr. Thomas Zimmermann, MdL (CSU)

In jeweils spezieller Funktion wurden des weiteren gemäß den Absprachen in das Gremium gebeten bzw. entsandt:

- Klaus Bäumler als Vertreter der historischen Stadtteilarbeit
- Ernst Grube für den „Initiativkreis für ein NS-Dokumentationszentrum“
- Prof. Dr. Manfred Tremml als Vertreter des Museumspädagogischen Zentrums

Es wurde in Bezug auf die Funktion und Arbeitsweise des Gremiums vereinbart, dass der Beirat mindestens zwei Mal jährlich tagt.

Entsprechend der Absprachen zwischen Freistaat und Stadt im Spitzengespräch vom 11.05.2004 wurde festgelegt, dass der politische Beirat einen „empfehlenden Charakter hat und dem Kuratorium zuarbeitet“. Der Beirat ist durch eine/n Sprecher/in in das Kuratorium ohne Stimmrecht kooptiert. Es wurde von den Mitgliedern nun der Wunsch geäußert, dass das Gremium eine „vorberatende Funktion“ ge-

nüber dem wissenschaftlichen Beirat haben sollte. Diese Frage muss daher im Kuratorium geklärt werden.

Der politische Beirat beriet über die Standortfrage der künftigen Einrichtung. Es bestand Einvernehmlichkeit darüber, dass das Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ als der geeignete Standort betrachtet wird – so wie es der Stadtrat mit Beschluss der Vollversammlung vom 20.04.2005 bekräftigt hat. Dabei müsse die städtebauliche Sensibilität des Ortes berücksichtigt werden. Dies wurde auch in einer am 28.07.2005 veröffentlichten Pressemeldung mitgeteilt (*siehe Anlage 1*). Es wurde zudem allgemein gewünscht, dass - nachdem eine endgültige Standortentscheidung gefallen ist - ein Bauwettbewerb eingeleitet wird.

An den Freistaat appellierte der politische Beirat, baldmöglichst eine verbindliche Mitfinanzierung der Investivphase der Einrichtung zuzusagen. Die Stadt hat ihre Bereitschaft zu einer Drittel-Finanzierung wiederholt signalisiert, ebenso wie die Bereitschaft, die künftige Einrichtung in der Betriebsphase zu 100 Prozent zu finanzieren (Beschluss der Vollversammlung vom 20.11.2003).

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat sich des weiteren bereit erklärt, für die Mitglieder aller Beiräte Informationsreisen zu relevanten Einrichtungen (z.B. in Nürnberg, Obersalzberg, Köln / ELDE-Haus, Berlin) anzubieten bzw. die Einladung von Vertreter/innen ausgewählter Einrichtungen (z.B. aus Budapest, Warschau / Neues jüdisches Museum, London / Imperial War Museum) zu organisieren.

Die Wahl eines Sprechers bzw. einer Sprecherin wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

2.1.2. Wissenschaftlicher Beirat

Gemäß dem Beschluss des Kuratoriums vom 14.03.2005 wurde der wissenschaftliche Beirat wie folgt einberufen:

- Fachfrau/mann für Traumaforschung:
Prof. Dr. Danny Brom / Jerusalem
- Leiter/in der regionalen KZ-Gedenkstätte:
Dr. h.c. Barbara Distel / Dachau
- Fachfrau/mann für Ausstellungen und deren Didaktik:
Prof. Dr. Stefanie Endlich / Berlin
- Fachfrau/mann für Sozialpsychologie:
Prof. Dr. Dieter Frey / München
- Vertreter/in der Münchner Archive und für jüdische Geschichte:
Dr. Andreas Heusler / München

- Zeithistoriker/in:
Prof. Dr. Dieter Hildebrandt / Bonn
- Vertreter des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte der LMU München:
Prof. Dr. Hans-Günter Hockerts / München
- Zeithistoriker/in für Landes- und Regionalgeschichte:
Prof. Dr. Marita Krauss / München
- Gutachter des Freistaates / Vertreter des Instituts für Zeitgeschichte:
Prof. Dr. Dr. hc. Horst Möller / München
- Verfasser der gutachterlichen Stellungnahme für die LHM:
Prof. Dr. Winfried Nerdinger / München
- Fachfrau/mann für Genderfragen:
Prof. Dr. Merith Niehuss / München
- Zeithistoriker/in mit dem Forschungsschwerpunkt Weimarer Geschichte, NS-Zeit, Holocaust, „Vergangenheitspolitik“:
Prof. Dr. Peter Longerich / München
- Fachfrau/mann aus dem Bereich historisch-politische Bildung, Menschenrechts- und Demokratieerziehung:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter / Passau, Tutzing
- Museumsfachfrau/mann:
Prof. Dr. Hermann Schäfer / Bonn

Herr Prof. Ulrich Herbert hat eine Teilnahme am Beirat leider abgesagt.

Der Beirat wurde über den Projektstand informiert und das Papier „Vorgaben des Kuratoriums an den wissenschaftlichen Beirat“ übermittelt (*siehe Anlage 5*). Die Mitglieder berieten die künftige Organisation der Arbeit sowie erste inhaltliche Fragestellungen. Es wurde beschlossen, dass die Verfasser der bisherigen Gutachten (Herr Prof. Möller/IfZ und Herr Prof. Nerdinger/TU München, Architekturmuseum) zunächst ihre beiden bestehenden Papiere zu einem gemeinsamen Papier zusammenfassen. Um über diesen Abgleich hinaus zu gewährleisten, dass bislang noch nicht berücksichtigte Aspekte einfließen können sowie um das fachliche Spektrum des Gremiums einzubringen, nehmen die anderen Beiratsmitglieder zum Papier Stellung. Das Kulturreferat erstellt daraus eine Synopse.

In Bezug auf die Standortfrage wurde gebeten, dem Beirat bei nächster Gelegenheit die planerischen Möglichkeiten auf dem Gelände „Braunes Haus“ darzustellen. Auch mögliche archäologische Aspekte, die für eine Standortempfehlung notwendig sein könnten, sollen dabei erörtert werden.

Als wichtiger Punkt für die künftige Arbeit wurde genannt, dass das im Beirat vertretene interdisziplinäre fachliche Spektrum in die künftigen Empfehlungen eingebracht werden soll.

Es wurde der Vorschlag gemacht, unter Umständen eine/n Historiker/in und eine/n Museologen/in für entsprechende Zuarbeiten hinzuzuziehen, die beim Finanzträger angesiedelt werden.

Die Wahl eines Sprechers bzw. einer Sprecherin wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Der Zeitplan für die Arbeit des wissenschaftlichen Beirats sollte entsprechend den Vorgaben des Kuratoriums wie folgt aussehen:

<u>Bis Ende 2005:</u>	Empfehlungen für eine erste konzeptionelle Ausrichtung der Einrichtung
<u>Bis Jahresmitte 2006:</u>	Vorlage eines wissenschaftlichen Konzepts
<u>Nach Klärung der Standortfrage innerhalb von sechs Monaten:</u>	Vorschläge für ein gestalterisches Konzept

Das Kuratorium hat dem Beirat die praktische Organisation seiner Arbeitsstruktur freigestellt. Folgende Modelle könnten dem wissenschaftlichen Beirat zur Organisation seiner Arbeit von Seiten der Stadt vorgeschlagen werden:

Modell 1

Aus dem 14-köpfigen Beirat könnte sich eine Arbeitsgruppe heraus bilden. Kulturreferat und ggf. Landeszentrale sollten an einer solchen Arbeitsgruppe beratend und unterstützend mitwirken. Die im Gesamtgremium vertretene Fachkompetenz soll in einer solchen Arbeitsgruppe abgebildet sein.

Allerdings kann die Bildung einer Arbeitsgruppe, die beispielsweise nur aus den bisherigen Gutachtern bestünde, nicht gewünscht sein. Die fachliche Bandbreite, die das Gremium in einem mühsam errungenen Diskussionsprozess darstellen soll, wäre in dieser Konstellation nicht gewährleistet.

Kritisch zu sehen vor dem Hintergrund der bestehenden Beschlusslage in den politischen Gremien und im Kuratorium wäre auch die Delegation der Konzepterstellung an einzelne im Beirat vertretene Institutionen, da auch in diesem Fall die Bandbreite wissenschaftlicher Kompetenz nicht abgebildet wäre.

Modell 2

Das Gesamtgremium - unterstützt durch die Zuarbeit des Kulturreferats – erbringt die gewünschte Arbeit. Dazu könnte die Bildung einer städtischen Projektgruppe in Erwägung gezogen werden, die beim Kulturreferat angesiedelt wird.

Diese Variante erscheint ratsam, da zu einem späteren Zeitpunkt (in der Phase der Umsetzung der Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats bis zur Eröffnung der Einrichtung) ohnehin geplant ist, nach dem Modell Nürnberg eine Projektgruppe im Kulturreferat anzusiedeln (siehe Punkt 2.2.).

Unerlässlich zur Gewährleistung einer funktionierenden Arbeitsstruktur ist es in jedem Fall, dass der Freistaat Bayern seine Finanzierungsbeteiligung verbindlich zugesagt, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

2.2 Haltung des Freistaats

Lt. einstimmigen Beschluss des Kuratoriums NS-Dokumentationszentrum vom 14.03.2005 zur künftigen Rechtsform und Trägerschaft, soll das Dokumentationszentrum „mit Investitionsfördermitteln der Stadt, des Freistaats und des Bundes bei der Stadt [...] als Dienststelle des Kulturreferats, ähnlich dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg“ angesiedelt werden. Dieser Beschluss wurde von Seiten des Freistaates von der damaligen Kultusministerin, Monika Hohlmeier, sowie von Finanzminister Faltlhauser mitgetragen.

Die Stadt hat wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, sich im Rahmen einer Drittfinanzierung an den Investivkosten für ein NS-Dokumentationszentrum zu beteiligen und zudem in der Betriebsphase die Trägerschaft der Einrichtung zu übernehmen. Die Zusage zu einer finanziellen Beteiligung des Freistaats steht jedoch noch aus und muss nun umgehend und verbindlich, d.h. mit den entsprechenden langfristigen haushaltsrechtlichen Folgen erfolgen. Derzeit trägt die Stadt den Großteil der finanziellen Vorleistungen, während der Freistaat weder feste finanzielle Zusagen für die Konzept- und Investivphase gemacht, noch sich dazu bereit erklärt hat, personelle Ressourcen in ausreichendem Maße einzubringen. Dies kann in Anbetracht der nun beginnenden konzeptuellen Phase und der Gremienarbeit nicht mehr länger akzeptiert werden.

Die Gewährleistung einer gut funktionierenden Zusammenarbeit und Arbeitsstruktur ist für das Verhältnis zwischen der Stadt München und dem Freistaat Bayern zur Realisierung dieses so bedeutenden Erinnerungsprojekts von großer Wichtigkeit. Dies hat auch der Vorsitzende des Kuratoriums NS-Dokumentationszentrum, Herr Bundesminister a.D. Dr. Waigel, im Verlauf der konstituierenden Beiratssitzungen

sowie bei den Vorgesprächen hierzu mehrfach betont und davon sogar seine Teilnahme an den Gremien abhängig gemacht. Der Freistaat Bayern hat jedoch in den letzten Gesprächen mit dem Kulturreferat sowie in einem offiziellen Schreiben von Herrn Staatsminister Schneider vom 22.06.2005 deutlich gemacht, dass die organisatorischen Vorarbeiten für das Projekt im Wesentlichen von der Stadt geleistet werden sollen, da die Stadt die Einrichtung später betreiben wolle. Von Seiten des Freistaates (bzw. dort bei der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) sei es deshalb nicht vorgesehen, administrative Zuarbeiten zu leisten (*siehe Anlage 2*). Dem hat Herr Oberbürgermeister Ude mit Schreiben vom 11.07.2005 (*siehe Anlage 3*) widersprochen: Die Stadt sei bislang davon ausgegangen, dass sich der Freistaat Bayern als paritätischer Projektpartner in der Investivphase mit dem gleichem finanziellen wie auch personellen Engagement wie die Stadt München in das Projekt einbringe. Mit Schreiben vom 30.08.2005 hat Herr Kultusminister Schneider seine oben dargestellte Auffassung nochmals bestätigt (*siehe Anlage 4*).

Diese insgesamt ungeklärten Verhältnisse wirken sich in nicht zu unterschätzendem Ausmaß auf die Arbeitsebene aus: Sie verhindern, dass das Vorhaben von Seiten des Freistaats in der erforderlichen Deutlichkeit und Konsequenz angegangen und realisiert wird und führen zu einer einseitigen Bündelung aller anfallenden Arbeiten beim Kulturreferat. In der Etablierungsphase des Projekts ist es zudem von zentraler Bedeutung, ein erinnerungspolitisches Signal dergestalt zu setzen, dass es sich bei diesem Vorhaben um ein Gemeinschafts- und Kooperationsprojekt von Kommune und Land handelt. Dies ist nicht nur Auftrag des Freistaats gemäß dem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 10.03.2002 (in dem es heißt, dass „in Zusammenarbeit mit der Stadt München und dem Bund unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und aller zuständigen Behörden“ ein Konzept für die Einrichtung entwickelt werden soll, *siehe Anlage 5*), davon wird auch entscheidend abhängen, ob der Bund dauerhaft für das Projekt zu gewinnen sein wird.

2.3 Personalmittel

Mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 19.03.2003 wurde das Budget des Kulturreferats wie folgt erhöht: Befristet auf einen Zeitraum von insgesamt zweieinhalb Jahren wurden für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 jährlich Personalmittel in Höhe von 70.600 €, für das Haushaltsjahr 2003 die Hälfte (HST 3000.490.0000.7 „Kulturpflege (Verw.): Dienstbezüge und dergl.“), eingestellt, um den Prozess der Etablierung eines NS-Dokumentationszentrums in München „unterstützend und begleitend gestalten zu können und um die Arbeitsfähigkeit des Kuratoriums von städtischer Seite zu gewährleisten“. Diese Mittel stehen noch bis 31.12.2005 zur Verfügung.

2.3.1 Bisherige personelle Ausstattung und Arbeiten des Kulturreferats

Mit der Personalkapazität einer Vollzeitkraft wurde gemäß dem o.g. Auftrag das Projekt „unterstützt und begleitet“. Es wurden neben den anfallenden Verwaltungsarbeiten zum NS-Dokumentationszentrum umfangreiche organisatorische und inhaltliche Arbeiten geleistet. Das Kulturreferat betreute beispielsweise die Konstituierung und den Arbeitsprozess der städtischen Gutachtergruppe, die im März 2004 ihre Arbeit vorlegte und aus der das derzeit vorliegende städtische Gutachten hervorging. Es koordinierte die Sitzungen der „Arbeitsgruppe NS-Dokumentationszentrum“, der auch der „Initiativkreis für ein NS-Dokumentationszentrum“ angehört. Der Stadtrat wurde in mehreren Beschlussvorlagen über den Projektstand informiert. Die jeweiligen Planungsschritte wurden dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt. Es wurden das politische Gespräch mit Bund und Freistaat angeregt und Abstimmungsgespräche mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit geführt (u.a. zur Erarbeitung einer gemeinsamen Vorschlagsliste für den wissenschaftlichen Beirat). Mit den städtischen Institutionen, die sich mit geschichtlichen Themen befassen (Stadtmuseum, Stadtarchiv, Jüdisches Museum), wurden Gespräche über die künftige Einrichtung geführt und der Austausch mit Fachleuten aus der regionalen und überregionalen Erinnerungsarbeit sowie Museums- und Gedenkstättenlandschaft gesucht. Dazu wurden auch vergleichbare relevante Institutionen, wie die NS-Dokumentationszentren in Nürnberg, am Obersalzberg und in Köln, Einrichtungen in Berlin und z.B. der Lern- und Gedenkort Hartheim, besucht und deren Konzeptionen analysiert. Das Kulturreferat koordinierte des weiteren Abstimmungen mit städtischen Referaten und Institutionen, beantwortete die Anfragen von interessierten Bürgern und Fachleuten, klärte Rechtsfragen wie z.B. die mögliche künftige Rechtsform der Einrichtung und bereitete die Sitzungen von Kuratorium, politischem und wissenschaftlichen Beirat vor.

Als Maßnahmen zur Verankerung des Projekts NS-Dokumentationszentrum im Bewusstsein der Öffentlichkeit wurden vom Kulturreferat u.a. die Vorbereitung und Durchführung der Tagung „Macht und Gesellschaft. Männer und Frauen in der NS-Zeit“ (18. / 19.06.2004) der Initiativgruppen beraten und betreut, die Vorbereitungen für die Konzeption und Realisierung eines Internetauftritts für das NS-Dokumentationszentrum getroffen und der städtische Internetauftritt aktualisiert. Zur konzeptionellen Erweiterung der „KulturGeschichtspfade“ wurde die Idee von ergänzenden „ThemenGeschichtspfaden“ entwickelt und der „Arbeitsgruppe Gedenktafeln“ vorgestellt, die das Konzept begrüßt hat. „ThemenGeschichtspfade“ können künftig die „KulturGeschichtspfade“ um historische Schwerpunktthemen ergänzen. Im Zusammenhang mit dem NS-Dokumentationszentrum ist daher ein erster solcher „Pfad“ zum Thema „Der Nationalsozialismus in München“ in Vorbereitung.

Um den Diskussionsprozess um das NS-Dokumentationszentrum zu erweitern, wurde zudem die Gesprächsreihe „Der Umgang mit der NS-Zeit. Perspektiven des Erinnerns“ konzipiert, geplant und durchgeführt. Im Rahmen dieser Gesprächsreihe wurden zunächst zwei Podiumsgespräche im Gasteig unter dem Titel „Künftiges Gedenken. Erinnerung an die NS-Zeit im Wandel“ und „Künftiges Lernen. Konzepte der Vermittlung von NS-Geschichte“ veranstaltet. Die Podiumsgäste gingen dabei dem Wandel in der Erinnerung an die NS-Zeit nach, diskutierten auf dem Podium wie mit dem Publikum über zukunftsfähige Methoden zur Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus und stellten in diesem Zusammenhang Überlegungen zum NS-Dokumentationszentrum an (*siehe Anlage 7*). Eine Tagung, die derzeit mit dem Jugendgästehaus Dachau und dem Fritz Bauer Institut konzipiert und vorbereitet wird, soll im Herbst (17.-19.11.2005) der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, die Fragestellungen der Gesprächsreihe unter dem Titel „Lernen für die Gegenwart? Perspektiven der historisch-politischen Bildungsarbeit“ vertieft zu diskutieren.

Im Rahmen der Projektstelle wurden keine gezielten Vorarbeiten inhaltlich-konzeptueller Natur für das NS-Dokumentationszentrum geleistet: Dies wäre als „inhaltliche Vorfestlegung“ betrachtet worden und als Vorgriff auf die Arbeit der künftigen Gremien. Das Kulturreferat hat darauf Rücksicht genommen und wird mit möglichen konzeptionellen Arbeiten erst im Auftrag der entsprechenden Gremien beginnen.

2.3.2 Künftige personelle Ausstattung

Mit der Aufnahme der Gremienarbeit ist das Projekt nun in eine neue Phase getreten. Der Aufwand für die organisatorische wie auch die inhaltliche Betreuung des Vorhabens wird sich deutlich erweitern. Allein die Betreuung der Gremienarbeit (Vor- und Nachbereitung der Sitzungen, Mitgliederbetreuung, administrative wie inhaltliche Zuarbeiten, Reiseplanungen, etc.) wird erhebliche Arbeitskapazität beanspruchen. Darüber hinaus kann das Kulturreferat künftig eine stärkere inhaltlich-konzeptionelle Begleitung der Gremienarbeit anbieten, sofern entsprechende zusätzliche personelle Kapazitäten dafür vorgesehen werden.

Falls der Freistaat bei seiner Auffassung bleiben sollte, keine analogen personellen Mittel wie die Stadt München für die Vorbereitung und Betreuung des Projekts bereit zu stellen (*siehe Punkt 2.2. und Anlage 2*), und sollte es zudem Wunsch des Stadtrats bleiben, dass das Kulturreferat den Großteil der anfallenden Arbeiten leistet, wird es geboten sein, die personellen Ressourcen im Kulturreferat zu verstärken. Nur so kann weiterhin die allgemeine Verwaltungsarbeit und die Gremienbetreuung

geleistet, die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert und Arbeiten inhaltlich-konzeptioneller Art im Auftrag der Gremien aufgenommen werden.

Stufe 1: Grundlagen

Die Ausstattung, mit der das Kulturreferat das Projekt NS-Dokumentationszentrum in der nächsten Projektphase umfassend betreuen kann, ist die Fortschreibung des bisherigen Ansatzes von Personalmitteln i.H.v. jährlich 70.600 € für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (TVÖD entsprechend BAT II), bei Erweiterung um eine Teamassistentin (TVÖD entsprechend BAT Vc, Jahresmittelbetrag 44.520 €). Es sollten daher jährlich insgesamt Personalmittel i.H.v. 115.120 € bereit gestellt werden.

Diese Ausstattung sollte in jedem Fall vorläufig für die Jahre 2006 und 2007 eingestellt werden. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass das Kulturreferat die kontinuierliche und fachliche Betreuung des Projekts gewährleisten kann, die dauerhaft und unabhängig von einzelnen Entscheidungen der Gremien zu erbringen sein wird.

Durch die Übernahme von Arbeiten administrativer und organisatorischer Art durch die Teamassistentin könnten vermehrt auch Arbeiten inhaltlich-konzeptioneller Natur vom Kulturreferat geleistet werden. Die Teamassistentin sollte vorläufig für 2006 und 2007 eingerichtet werden. Dies ist insbesondere in Anbetracht der Weigerung des Freistaats Bayern, seinerseits organisatorisch-administrative Zuarbeiten durch die Bereitstellung personeller Kapazitäten zu leisten, notwendig.

Diese Ausstattung reicht allerdings nicht aus, wenn vom wissenschaftlichen Beirat, wie erwartet, verstärkte Zuarbeit durch das Kulturreferat gewünscht wird.

Stufe 2: Unterstützung der Konzeptionsarbeiten des wissenschaftlichen Beirats

Der bisherige Ansatz i.H.v. 70.600 € wird fortgeschrieben und um eine Teamassistentin (TVÖD entsprechend BAT Vc, Jahresmittelbetrag 44.520 €) und zwei wissenschaftliche Mitarbeiter/innen (TVÖD entsprechend BAT II, Jahresmittelbetrag 68.880 €) erweitert. Es könnten dies - wie bereits in der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats am 25.07.2005 vorgeschlagen - ein/e weitere/r Historiker/in sowie ein/e Ausstellungsfachmann/frau mit entsprechendem Hochschulabschluss und einschlägiger Berufspraxis sein.

Wenn sich der wissenschaftliche Beirat sowie das Kuratorium mit dieser Form der Arbeitsorganisation einverstanden zeigt, ließe sich mit dieser Ausstattung die auf Seite 6 benannte Projektgruppe etablieren und eine angemessene inhaltlich-konzeptionelle Zuarbeit gewährleisten.

Sobald der wissenschaftliche Beirat sein Konzept vorgelegt hat und dieses vom Kuratorium sowie den politischen Gremien von Stadt und Freistaat endgültig verabschiedet wurde, wird mit der Umsetzung der Vorschläge in ein endgültiges Ausstellungskonzept begonnen werden können. Dies könnte ab Ende 2006 der Fall sein (vgl. Zeitplanung, Punkt 2.6., S. 15). Zu diesem Zeitpunkt muss erneut überdacht und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden, wie die Arbeit nach Vorlage des Konzepts des wissenschaftlichen Beirats weiter organisiert werden kann und ob dafür die Personal- und Sachausstattung erweitert werden muss. Die Stellen für die zwei wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen sollten daher vorläufig bis Ende 2006 befristet werden.

2.4 Sachmittel

Als Sachmittel zur Betreuung des Projekts wurden mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 19.03.2003 für 2003 40.000 €, für 2004 und 2005 jeweils 80.000 € bereitgestellt. Die Mittel wurden daraufhin in den Bereich „Stadtgeschichte“ eingestellt (bis einschließlich 2004: HST 3550.601.0900.4 „Sonstige Volksbildung, Stadtgeschichte“, seit 2005: HST 3550.608.0500.7 „Sonstige Volksbildung, Stadtgeschichte“). Sie standen dort getrennt von den Mitteln der Stadtgeschichte als Sonderbudget ausschließlich für das Projekt zur Verfügung.

Die Mittel aus diesem Sonderbudget wurden gemäß dem Auftrag des Stadtrats, das Projekt NS-Dokumentationszentrum „unterstützend und begleitend zu gestalten“ und das Vorhaben mit Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im allgemeinen Bewusstsein zu verankern, eingesetzt, beispielsweise für die Erstellung eines städtischen Gutachtens, die Durchführung eines zweiteiligen Symposiums, die Vorbereitung des Internetauftritts, die Erarbeitung eines „ThemenGeschichtspfad“, die Realisierung einer Veranstaltungsreihe und einer Tagung, für die Unterstützung diesbezüglichen bürgerschaftlichen Engagements (z.B. Gender-Tagung) sowie für die 2005 aufgenommene Gremienarbeit. Die Sachmittel wurden dabei seit ihrer Bereitstellung seit Jahresmitte 2003 nur in Teilen ausgeschöpft. Eine vollständige Verwendung der Mittel war angesichts der Unsicherheiten im Projektfortschritt nicht möglich. Zudem wurden Teile der Mittel, die speziell für mögliche Aktivitäten von Gruppen und Vereinen reserviert worden waren, so gut wie nicht abgefragt. Gemäß der gesonderten Bereitstellung der Mittel wurden diese auch nicht für andere Veranstaltungen oder Projekte im Bereich Stadtgeschichte verwandt. Es stehen daher voraussichtlich zum Abschluss des Haushaltsjahres 2005 auf Hst. 3550.608.0500.7 „Sonstige Volksbildung, Stadtgeschichte“ noch Mittel in einer Gesamthöhe von 106.000 € zur Verfügung.

Bemerkung: Bei Vorlage des Beschlusses „NS-Dokumentationszentrum“ für den Kulturausschuss am 21.07.2005 war das Kulturreferat ursprünglich davon ausgegangen, dass die genannten Restmittel für die zweite Projektphase ab 2006 nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Diese Annahme war falsch. Für die dadurch entstandenen Irritationen bittet das Kulturreferat um Entschuldigung.

Geschätzter jährlicher Bedarf ab 01.01.2006:

Programmmittel	
Eigenveranstaltungen	ca. 25.000 €
Geförderte Veranstaltungen / Projekte	ca. 30.000 €
Pflege und Erweiterung Internetauftritt	ca. 5.000 €
Externe Zuarbeiten	ca. 15.000 €
Sonstiges	ca. 5.000 €
	ca. 80.000 €

Mittel für die Gremienarbeit	
Kuratorium	ca. 8.500 €
Wissenschaftlicher Beirat (davon ca. 35.000 Euro für Rechercheaufträge, Externe Beratung, Zuarbeiten etc.)	ca. 65.000 €
Politischer Beirat	ca. 500 €
Inforeisen	ca. 6.000 €
	ca. 80.000 €
Davon: 50 % Finanzierung durch den Freistaat, 50 % Finanzierung durch die LHM	ca. 40.000 €
Gesamtbedarf jährlich	ca. 120.000 €

Programmmittel: Nach Aufnahme der Gremienarbeit werden die Sachmittel nun in vollem Umfang benötigt werden, um das Projekt NS-Dokumentationszentrum vorzubereiten, so zum Beispiel durch die forcierte Durchführung vorbereitender Maßnahmen und Veranstaltungen, durch die Förderung entsprechender Projekte seitens der Initiativgruppen und Vereine, durch die Pflege und Erweiterung des Internetauftritts, durch die Vorbereitung weiterer Publikationen, durch die Beauftragung externer Zuarbeiten etc.. Insgesamt werden hierfür Sachmittel in Höhe von jährlich 80.000 € veranschlagt.

Mittel für die Gremienarbeit: Durch die Aufnahme der Kuratoriums- und Beiratsarbeit ist von 2005 an nicht nur mit einer künftig vollständigen Ausschöpfung der veranschlagten Mittel zu rechnen, sondern des weiteren mit einer Erhöhung der Aufwendungen für die drei Gremien mit insgesamt 35 Mitgliedern. Zur Gewährleistung der Gremienarbeit werden Mittel für die Durchführung der Sitzungen, für Reise- und Übernachtungskosten, für Verpflegung, für Öffentlichkeitsarbeit und für Informationsreisen benötigt. Gemäß der Aufgabendefinition des wissenschaftlichen Beirats, ein „inhaltliches Konzept für das NS-Dokumentationszentrum zu beraten und zu formulieren“, wurden in der Mittelkalkulation zudem 35.000 Euro für Rechercheaufträge, externe Beratung, Zuarbeiten etc. eingeplant. Für die Arbeit der Gremien sind insgesamt jährliche Ausgaben i.H.v. ca. 80.000 € zu erwarten. Es wird davon ausgegangen, dass diese Summe zu gleichen Teilen von der Stadt München und vom Freistaat Bayern übernommen wird, so dass die Stadt ca. 40.000 € tragen müsste.

Es ist deshalb geboten, die jährlichen Sachmittel auf insgesamt 120.000 € (auf HST 3550.608.0500.7 „Sonstige Volksbildung, Stadtgeschichte“) für die Betreuung der Gremienarbeit sowie der Gewährleistung einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungstätigkeit und Betreuung des Projekts zu erhöhen. Da, wie oben erwähnt, mit Abschluss des Haushaltsjahres 2005 voraussichtlich noch Mittel in Höhe von 106.000 € für das Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung stehen, sind für 2006 ca. 14.000 € erforderlich und vom Kulturreferat auf dem Verwaltungsweg angemeldet. Für das Haushaltsjahr 2007 wird eine Gesamtsumme an Mitteln in Höhe von 120.000 € benötigt und vom Kulturreferat zur Modellrechnung 2007 angemeldet.

2.5 Standortfrage

Es ist einvernehmlicher Wunsch des Münchner Stadtrates (s. Vollversammlung vom 20.04.2005), das NS-Dokumentationszentrum auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ zu situieren. Auch die Münchner CSU hat inzwischen in einer gemeinsamen Erklärung des Bundestagsabgeordneten Johannes Singhammer, des Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Spaenle sowie des Stadtrats Marian Offman dargelegt, dass sie eine Verwirklichung des NS-Dokumentationszentrum auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ wünschen und befürworten.

Das Kulturreferat hat zwischenzeitlich vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung ein Gutachten über die Parkraumsituation im Umfeld des Königsplatzes erbeten und dazu eine Statistik zum möglichen Besucheraufkommen eines NS-Dokumentationszentrums in München erstellt und dabei einen Schätzwert von durchschnittlich ca. 400 möglichen Besuchern pro Tag ermittelt (*siehe dazu ausführlich Anlage 8a und 8b*). Mit Schreiben vom 12.08.2005 teilt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung in Bezug auf das Gelände Arcisstr. 12, Fl.Nr. 5469/1, Ge-

markung München Sektion III, für die mögliche Planung eines NS-Dokumentationszentrum und den möglichen Parkraumoptionen im Umfeld Königsplatz mit:

- „Das Grundstück des ehemaligen ‚Braunen Hauses‘ ist verkehrlich ausreichend gut erschlossen.
- Nach unserer Einschätzung – die mangels konkreter Planung nur sehr grob sein kann – sollten die baurechtlich zu schaffenden Stellplätze auf dem Grundstück untergebracht werden können.
- Eine Notwendigkeit, allein wegen eines NS-Dokumentationszentrums in eine Parkraumbewirtschaftung einzutreten, wird nicht gesehen.
- Verkehrliche Fragen, bezogen auf die private Stellplatzpflicht oder die Parkplatzsituation im öffentlichen Straßenraum, dürften aus heutiger Sicht einem NS-Dokumentationszentrum nicht entgegenstehen.“
- Ergänzend teilt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zudem mit, dass das Grundstück des ehemaligen „Braunen Hauses“ verkehrlich sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch mit dem MVV oder mit dem Fahrrad gut erschlossen ist.

2.6 Zeitplanung

Ein grober Zeitplan für die Vorbereitung des NS-Dokumentationszentrums könnte sein:

Konzept- und Investivphase:

- Aufnahme der Gremienarbeit (2005)
- Vorlage eines wissenschaftlichen Konzepts (2006)
- Vorlage eines museologischen Konzepts (2007)
- Berufung von Gründungsdirektor/in und eines Projektteams (Ende 2006)
- Ausarbeitung und Umsetzung der Konzepte (inhaltlich, museologisch, pädagogisch) durch ein Projektteam (2006 bis 2009)
- Architekturwettbewerb (2007/2008)
- Grundsteinlegung / Baubeginn (2008)
(Der Termin 2008 wurde von beiden Beiräten als wünschenswertes Datum für eine mögliche Grundsteinlegung im Hinblick auf das in diesem Jahr stattfindende 850-jährige Stadtjubiläum begrüßt.)

Betriebsphase:

- Eröffnung (2009/10)

3. Abstimmungen

Die Stadtkämmerei hat die Vorlage mitgezeichnet, die Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats liegt als Anlage 10 bei.

Die Korreferentin des Kulturreferats, Frau Stadträtin Sabathil, der Verwaltungsbeirat für Stadtgeschichte, Stadtmuseum, Jüdisches Museum, Museum Villa Stuck, Herr Stadtrat Leonhart, sowie der Bezirksausschuss des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt haben Kenntnis von der Vorlage.

II. Antrag der Referentin:

1. Das Budget des Kulturreferats wird für das Jahr 2006 bei HST 3550.608.0500.7 „Sonstige Volksbildung, Stadtgeschichte“ um 14.000 € im Sachmittelbereich erhöht. Im Bereich der Personalausgaben wird die HST 3000.490.0000.7 um 115.100 € (davon 70.600 € für die personelle Begleitung und Unterstützung des Projektes sowie 44.500 € für die künftige Teamassistenz) erhöht. Die Aufnahme dieser Budgetpositionen erfolgt zum Schlussabgleich 2006.
Der zur Projektfortführung bis zum 31.12.2007 ergänzend notwendige Budgetbetrag in Höhe von 106.000 € wird bei HST 3550.608.0500.7 als Aufstockungsbetrag zum Haushalt 2007 angemeldet.
2. Dem wissenschaftlichen Beirat wird als mögliches Modell zur Organisation seiner Arbeit empfohlen, dass er als Gesamtgremium – unterstützt durch die Zuarbeit des Kulturreferats – die gewünschte Arbeit erbringt. Dazu könnte die Bildung einer städtischen Projektgruppe in Erwägung gezogen werden, die beim Kulturreferat angesiedelt wird.
Nicht gewünscht ist die Delegation der Konzepterstellung an einzelne im Beirat vertretene Institutionen oder die Bildung einer sehr kleinen Beiratsarbeitsgruppe, die die versammelte Fachkompetenz nicht widerspiegelt.
3. Sollte der wissenschaftliche Beirat wünschen, dass eine enge inhaltlich-konzeptuelle Begleitung seiner Arbeit durch das Kulturreferat gewährleistet werden soll, und das Kuratorium hiermit einverstanden ist, werden die Personalmittel des Kulturreferats im Vollzug des Haushaltsplanes 2006 um weitere 137.800 € (HST 3000.490.0000.7) für zwei zusätzliche wissenschaftliche Mitarbeiter/innen befristet bis zum 31.12.2006 aufgestockt. Diese Aufstockung ist zum 1. bzw. zum 2. Nachtragshaushalt 2006 anzumelden; soweit die Stellenbesetzung erst unterjährig erfolgt, ist der entsprechende Teilbetrag anzumelden.

4. Laut Beschluss des Kuratoriums NS-Dokumentationszentrum vom 14.03.2005 zur künftigen Rechtsform und Trägerschaft soll das Dokumentationszentrum mit Investitionsfördermitteln der Stadt, des Freistaats und des Bundes bei der Stadt als Dienststelle des Kulturreferats, ähnlich dem „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg“, angesiedelt werden. Die Stadt München bekräftigt daher ihre Absicht, die Finanzierung der Konzept- und Investivphase zur Etablierung eines NS-Dokumentationszentrums in einem Drittel-Modell zusammen mit Freistaat und Bund zu tragen.
5. Die Stadt München fordert den Freistaat Bayern dazu auf, auch seinerseits die finanzielle Beteiligung am NS-Dokumentationszentrum in einem Drittel-Modell (gemäß dem Beschluss des Kuratoriums vom 14.03.2005) gemeinsam mit Stadt und Bund verbindlich und mit entsprechenden haushaltsrechtlichen Folgen zuzusagen.
6. Die Stadt München fordert den Freistaat Bayern dazu auf, eine Grundausstattung an Sach- und Personalmitteln analog der Grundausstattung (s. Antrag Punkt 1) der Stadt München bereitzustellen, um die administrativ-organisatorische Arbeit anteilig zu gewährleisten und damit den Charakter als Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Land klar zum Ausdruck zu bringen.
7. Die Landeshauptstadt München betont nochmals, dass seitens der Stadt der Wunsch besteht, das NS-Dokumentationszentrum auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ an der Briener Straße zu situieren und dort eine zentrale Einrichtung zu schaffen.
8. Der Freistaat Bayern wird eindringlich gebeten, sich nach Vorlage eines entsprechenden Votums des wissenschaftlichen Beirats endgültig für einen künftigen Standort der Einrichtung auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ auszusprechen.
9. Die Zeitplanung für die Realisierung des NS-Dokumentationszentrums wird zur Kenntnis genommen.
10. Der Sachstand zum NS-Dokumentationszentrum wird zur Kenntnis genommen.
11. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss:

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand entscheidet endgültig die Vollversammlung des Stadtrats.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende:

Die Referentin:

Ude
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Dr. Hartl
Berufsm. Stadträtin

- IV. Abdruck von I. bis III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- V. Wv. Kulturreferat (Vollzug)
-

Zu V. (Vollzug nach Beschlussfassung):

1. Übereinstimmung vorstehender Ausfertigung mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.

2. Abdruck von I. mit V.

an StD

an GL-1

an GL-2

an Abt. F (2 x)

an den Vorsitzenden und die Fraktionssprecher/innen
des Bezirksausschusses 3 Maxvorstadt (5 x)

an das Direktorium HA II/V 1 (Az: 450 D/04/Z)

an das Planungsreferat, HA II / 2

an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA IV / 2

an das Direktorium - Stadtarchiv

an die Direktion des Münchner Stadtmuseums

mit der Bitte um Kenntnisnahme bzw. weitere Veranlassung.

3. Zum Akt

München, den

Kulturreferat

I. A.